

Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt:

**Mehr Medienkompetenz, Elternverantwortung sowie effektive Plattform-
regulierung statt pauschaler, wirkungsloser Social-Media-Verbote**

IMPRESSUM

FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

fdp-fraktion@landtag.nrw.de
www.fdp.fraktion.nrw

Verantwortlich für den Inhalt:

Marcel Hafke

Parlamentarischer Geschäftsführer
0211 - 884 4430
marcel.hafke@landtag.nrw.de

Grafik und Layout:

Clara Gather

Mitarbeiterin für Grafikdesign
und Mediengestaltung
0211 - 884 44 81
clara.gather@landtag.nrw.de

Stand: 09.07.2026

Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt:

**Mehr Medienkompetenz, Elternverantwortung sowie
effektive Plattformregulierung statt pauschaler,
wirkungsloser Social-Media-Verbote**

Das Internet als offenes, freiheitliches Medium ist prägend für unsere heutige moderne Gesellschaft. Zugangsbeschränkungen für das Internet im Allgemeinen oder Social-Media-Plattformen im Speziellen sowie eine umfassende, staatlich vorgegebene Verpflichtung zur Klarnamennutzung widersprechen diesem Anspruch. Die Garantie von Anonymität gehört zu den Grundlagen der Meinungsfreiheit, eine Klarnamenpflicht könnte zu einem Hemmnis werden, seine Meinung offen zu äußern. Der Schutz der Meinungsfreiheit als Grundpfeiler der Demokratie ist daher ein Kernanliegen der FDP-Landtagsfraktion NRW.

Zugleich gilt diese Freiheit nicht und nie schrankenlos, auch das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Digitale Räume sind mit Herausforderungen und Risiken verbunden – insbesondere für Kinder und Jugendliche. Für sie sind Social-Media-Plattformen zentrale Kommunikations-, Informations- und Sozialisationsräume, die Austausch, kreative Entfaltung, politische Meinungsbildung und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Das Recht auf Zugang zu Informationen und Medien ist in Artikel 17 der UN-Kinderrechtskonvention verankert. Das gilt es bei den aktuellen Debatten um das Zugangsverbot von unter 14- oder 16-Jährigen zu beachten. Kinder und Jugendliche wachsen heute selbstverständlich in unsere moderne, digitale Welt hinein.

Der Umgang mit digitalen Risiken kann nicht nach der Logik der analogen Welt erfolgen. Ein wirksamer, zeitgemäßer Kinder- und Jugendschutz muss sich an den Anforderungen der digitalen Welt orientieren und neue, smarte Antworten finden. Pauschale Ausschlüsse oder Zugangsbeschränkungen sind keine geeigneten Lösungen, da sie die Realität digitaler Lebenswelten verkennen und Teilhabe einschränken. Stattdessen braucht es neue Ansätze, die Schutz und Freiheit miteinander verbinden.

Komplexe Evidenzlage

Die wissenschaftliche Studienlage ist dynamisch, weil immer weitere Befunde das Bild differenzieren:

- Kinder und Jugendliche nutzen soziale Medien heute als zentralen Teil ihrer sozialen Lebenswelt, die ihnen Austausch, Teilhabe, Identitätsfindung und Zugang zu Unterstützungsangeboten, insbesondere für marginalisierte Gruppen, ermöglicht.
- Gleichzeitig gelten Kinder und Jugendliche aufgrund ihrer Entwicklungsphase als besonders vulnerabel gegenüber Cybermobbing, sozialem Vergleichsdruck und suchtähnlichen Nutzungsmechanismen.
- Die wissenschaftliche Studienlage zeigt zunehmend deutliche Hinweise auf negative Auswirkungen intensiver Social-Media-Nutzung bei Kindern und Jugendlichen (u. a. Leopoldina, WHO). Insbesondere ein hoher und unkontrollierter Konsum steht in Zusammenhang mit psychischen Belastungen wie Angststörungen, Depressionen, Schlafproblemen, Konzentrationsschwierigkeiten, geringem Selbstwertgefühl sowie suchtähnlichem Nutzungsverhalten. Zum komplexen Bild gehört, dass Effekte unterschiedlich stark ausfallen und Kausalzusammenhänge nicht immer eindeutig belegt werden können.
- Auch algorithmisch verstärkte Inhalte, permanenter sozialer Vergleich und suchtverstärkende Designmechanismen wie Endlosscrollen oder permanente Benachrichtigungen werden dabei als Risikofaktoren bewertet.
- Auswirkungen hängen stark von Nutzungsdauer, Nutzungsart, Alter, sozialem Umfeld und individueller Resilienz ab.

Einheitliche, pauschale Maßnahmen werden dieser Differenziertheit nicht gerecht, weil sie sowohl problematische als auch positive Nutzungsformen gleichermaßen erfassen. Es braucht einen wirksamen Schutzrahmen mit starken Schutzmechanismen, mehr Medienkompetenz und klarer Verantwortung der Plattformbetreiber.

Strukturelle Ursachen der Risiken

Risiken entstehen nicht allein durch den Zugang zu Plattformen, sondern maßgeblich durch deren Ausgestaltung und Programmierung:

- Geschäftsmodelle zielen auf maximale Verweildauer
- algorithmische Empfehlungssysteme verstärken Inhalte
- suchtfördernde Designmechanismen wie Endlosscrollen oder Autoplay intensivieren Nutzung

Ein wirksamer Ansatz muss daher bei den Strukturen der Plattformen ansetzen, nicht primär bei den Nutzerinnen und Nutzern.

Rolle der Eltern und des sozialen Umfelds

Auch die Rolle der Erziehungsberechtigten bleibt zentral. Digitale Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen erfordern Begleitung, Verständnis und Verantwortung.

Eltern müssen befähigt werden:

- digitale Angebote einzuordnen
- ihr eigenes Nutzungsverhalten zu reflektieren
- ihre Kinder aktiv zu begleiten, indem sie bewusst über digitale Zugänge ihrer Kinder entscheiden, insbesondere bei Einstellungen, Nutzungszeiten und Inhalten.
Digitale Systeme müssen sie dabei unterstützen, indem sie diese Entscheidungen frühzeitig einfordern und verständlich begleiten.

Medienbildung und Unterstützung für Eltern sind daher ein wesentlicher Bestandteil eines zeitgemäßen Kinder- und Jugendschutzes.

Realität digitaler Schutzmechanismen

Schutz im Netz kann nicht über Zugangsbeschränkungen organisiert werden. Digitale Angebote sind leicht zugänglich und häufig grenzüberschreitend reguliert. Maßnahmen, die ausschließlich auf Einschränkung oder Ausschluss setzen, greifen daher aufgrund der nachfolgenden Punkte zu kurz:

- hohe Wahrscheinlichkeit der Umgehung durch VPN-Technologie oder Nutzung alternativer Plattformen
- Datenschutzrisiken durch umfassende Altersverifikation, die nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern natürlich auch für Erwachsene eingeführt werden müsste
- europarechtliche Rahmenbedingungen durch den Digital Services Act erschweren nationalstaatliche Maßnahmen

Internationale Beispiele zeigen mittlerweile, dass restriktive Maßnahmen zwar politisch beschlossen werden können, ihre tatsächliche Wirksamkeit jedoch begrenzt und oft unklar bleibt.

Unser Ansatz

Für die FDP-Landtagsfraktion NRW ist klar: Wirksamer Kinder- und Jugendschutz im digitalen Raum erfordert ein Zusammenspiel aus technischer Gestaltung, Kompetenzvermittlung und klarer Verantwortung der Plattformen.

Technische Umsetzung verbessern

- App-Stores und Betriebssysteme müssen – auch durch regulatorische Maßnahmen – stärker in die Verantwortung genommen werden, indem sie Schutzmechanismen nicht nur bereitstellen, sondern bspw. durch Voreinstellungen deren Nutzung aktiv unterstützen und die altersbasierte Nutzung nur nach bzw. mit elterlicher Freigabe ermöglichen. Dies gilt insbesondere für Social-Media-Anwendungen und Accounts. Für Kinder- und Jugendlichen sollte eine Nutzung nur durch Freigabe durch Eltern möglich sein.

Medienkompetenz stärken

- Medienkompetenz nicht erst beginnend in der Grundschule, sondern altersangemessen in der Kita fördern
- weiterer Ausbau bestehender, niedrighschwelliger Programme wie Medienscouts NRW in Schulen
- stärkere Unterstützung für Eltern und Lehrkräfte

Plattformen – auch durch regulatorische Maßnahmen – in die Verantwortung nehmen

- Begrenzung suchtfördernder Designmechanismen
- Einführung klarer und überprüfbarer Schutzstandards für Minderjährige
- Schaffung von Transparenz über Funktionsweisen von Algorithmen

Zur Sicherung der Freiheit des Internets sind auch das Kartellrecht als zentrales ordnungspolitisches Instrument sowie eine Weiterentwicklung der Produkthaftung vorrangig heranzuziehen. Werden Schutzstandards für Kinder und Jugendliche durch Plattformbetreiber systematisch missachtet, müssen wirksame ordnungspolitische Konsequenzen möglich sein. Wenn reine Bußgelder bei global agierenden Digitalkonzernen nicht ausreichen, müssen auch weitergehende Maßnahmen geprüft werden können – etwa Einschränkungen bei Werbemöglichkeiten, Vorgaben zur Sichtbarkeit in App-Stores oder marktregulierende Eingriffe bei wiederholten und schwerwiegenden Verstößen gegen den Kinder- und Jugendschutz. Wer in digitalen Märkten tätig ist, muss Verantwortung übernehmen und sich an klare Regeln halten. Sollten sich globale Plattformbetreiber grundsätzlich gar nicht an regulatorische Maßnahmen halten, muss auch eine Zerschlagung solcher Unternehmen als Ultima Ratio möglich sein.

Ein zeitgemäßer Kinder- und Jugendschutz orientiert sich an der Realität digitaler Räume. Er verbindet Schutz mit Teilhabe, stärkt Kompetenzen und adressiert die Verantwortung der Plattformen. Auf diese Weise wird sowohl die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen als auch ihre Freiheit im digitalen Raum gewährleistet.

